

Sozialdemokrat

Zeitung der SPD Hessen-Süd

DER KOMMENTAR

WEHRET DEN ANFÄNGEN



Gernot Grumbach
Vorsitzender des Bezirks
Hessen-Süd

Manche Vergleiche verbieten sich, von innen wie von außen. Wir leben nicht in der Weimarer Republik und die AfD ist nicht die NSDAP. Auch warten Großunternehmen in Deutschland nicht auf einen neuen Faschismus. Aber politisch klug wäre es, auch nur die Ähnlichkeiten zu vermeiden.

Da hat der Wirtschaftsclub Rhein-Main Frauke Petry eingeladen, zu einem Vortrag „Deutschland im Wahljahr - Realität der demokratischen Debatte“. Das Ganze „bei einem festlichen Abendessen“. Da ist schon zu fragen, ob es klug ist, ob jemand Auskunft zur demokratischen Debatte geben kann, deren Organisation Journalisten von Parteitagen ausschließt, deren Umgang mit Fakten eigenwillig und deren Diskriminierung von Minderheiten offensichtlich ist. Proteste dagegen, wie von Oberbürgermeister Peter Feldmann, sind nur zu unterstützen.

Wenn dann noch Sprecher des Wirtschaftsclubs ausführen, dass man schließlich auch den Landesvorsitzenden der hessischen SPD, Thorsten Schäfer-Gümbel, schon mal eingeladen habe, dann spricht das für eine Geisteshaltung, die schon bittere Erinnerungen weckt. Nur zur Erinnerung: mehr Gerechtigkeit, gleiche Chancen für Alle, eine Steuerpolitik, die Reichere anders belastet als Ärmere, eine soziale Sicherung, die ihren Namen verdient, all das gehört zum Kernbestand von Demokratie, die Hetze gegen Minderheiten nicht. Der Wirtschaftsclub muss jetzt damit leben, dass man ihn genauer beobachtet. Wehret den Anfängen!

Gernot Grumbach



FOTO: SPD HESSEN-SÜD

v.l.: Thorsten Staarmann, Dieter Franz, MdL, Christine Lambrecht, MdB, Mario Di Gennaro, Rüdiger Holschuh, MdL, Dr. Christoph Weltecke, Kerstin Geis, MdL

DER SPD LIEGT DAS EHRENAMT STARK AM HERZEN

PODIUMSDISKUSSION ZUM THEMA KATASTROPHENSCHUTZ

Rund 40 hochrangige Vertreter verschiedener hessischer Hilfsorganisationen sind der Einladung der drei sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Dieter Franz, Kerstin Geis und Rüdiger Holschuh in das SPD-Parteihaus nach Frankfurt gefolgt.

Diskutiert wurde am 22. Februar 2017 über das Thema Katastrophenschutz. Mit den anwesenden Gästen debattierten Christine Lambrecht, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion und Vizepräsidentin der THW Bundesvereinigung e.V., Dr. Christoph Weltecke, Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Thorsten Staarmann, Leiter Einsatzdienste des Malteser Hilfsdienstes e.V. Frankfurt und Mario Di Gennaro als Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes, Bezirksverband Frankfurt e.V..

Das Land Hessen ist beim Rettungsdienst und Katastrophenschutz gut aufgestellt. So erscheint es zumindest auf den ersten, flüchtigen Blick. Die Aufgaben und Zuständigkeiten sind klar definiert und im Ende 2016 verabschiedeten Katastrophenschutzkonzept festgelegt. Die Aufgabenteilung zwischen Bund und Land hat zu einer guten Versorgung mit Rettungsfahrzeugen geführt. Manch anderes Bundesland orientiert

sich an den hessischen Standards.

Beim zweiten, genaueren Blick werden die Herausforderungen vor Ort sichtbar. Die einzelnen Probleme haben je nach Stadt oder Land unterschiedliche Dimensionen. Die Hilfsorganisationen kämpfen alle mit Nachwuchssorgen und damit, dass sich die Bevölkerung in Krisen immer weniger selbst helfen kann. So führt heute eine stark blutende Nase schon zu einem Anruf bei der 112. Zudem gibt es häufiger Probleme bei der Freistellung durch die Arbeitgeber. Ehrenamtliches Engagement wird dadurch erschwert. Es kommt vor, dass Arbeitgeber den Ehrenamtlichen die Teilnahme an Lehrgängen verweigern oder die unkalkulierbaren Einsätze ihrer Angestellten nicht gerne sehen. Auch die wachsenden administrativen Anforderungen erschweren die Arbeit. Dazu kommen zusätzliche Aufgaben durch den Rückzug des Staates aus bestimmten Bereichen. So hat beispielsweise „Hessen-Mobil“ seinen Dienst eingestellt und nun muss die Feuerwehr ausrücken, um eine Ölspur abzustreuen.

Über mögliche Lösungsvorschläge entwickelte sich eine rege Debatte. Aus dem Publikum kamen etliche Lösungsvorschläge, wie etwa eine Idee als Rezept gegen Nachwuchssorgen:



Wir müssen positive Anreize setzen, um unsere Nachwuchssorgen zu lösen und auch mehr Frauen in die Hilfsorganisationen zu bekommen.

Christine Lambrecht,
MdB

WIR GRATULIEREN



FOTO: THORSTEN STOLZ

Thorsten Stolz

Thorsten Stolz brauchte bei der Landratswahl im Main-Kinzig-Kreis nur einen Anlauf. Trotz fünf weiterer Mitbewerber erreichte er bereits im ersten Wahlgang die benötigte absolute Mehrheit. Der amtierende Bürgermeister von Gelnhausen erhielt 57,9 Prozent der abgegebenen Stimmen. Der 37-jährige Thorsten Stolz tritt damit die Nachfolge des bisherigen Landrats Erich Pipa an.

Daniel Tybussek

Der amtierende Bürgermeister von Mühlheim, Daniel Tybussek, ist wiedergewählt worden. Er distanzierte mit 72,6 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen seine Konkurrentin Gudrun Monat klar.

Peter Gefeller

Ebenfalls gewählt wurde in Staufenberg. Mit 73,4 Prozent wurde hier Peter Gefeller als Bürgermeister in seinem Amt bestätigt. Gegenkandidaten gab es keine. (CG)

IMPRESSUM

Informationsorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – Bezirk Hessen-Süd
Herausgeber: Gernot Grumbach
Redaktion: Christiane Gregor
 Fischerfeldstr. 7-11,
 60311 Frankfurt a.M.,
 Tel. 069/299888-120

DER SPD LIEGT DAS EHRENAMT STARK AM HERZEN (FORTSETZUNG)

Kinder und Jugendliche sollten heute in der Schule wieder lernen, wie man sich selbst hilft. Schulen seien ein guter Anlaufpunkt, um Interessierte für das Ehrenamt zu erreichen und langfristig an die Hilfsorganisation zu binden. Angeregt wurden auch Erleichterungen im Jugendarbeitsschutzgesetz für Jugendliche, die sich in einer Hilfsorganisation engagieren. Eine weitere Idee aus dem Publikum, ist von den Hilfsorganisationen selbst einfach zu bewerkstelligen: Ein Dank an die Arbeitgeber zur Freistellung ihrer Mitarbeiter nach einem Einsatz. Das ver helfe deutlich zur Akzeptanz der wichtigen Arbeit von Hilfsorganisationen. Ein weiterer Vorschlag war, finanzielle Mittel bereitzustellen, um Ehrenamtskoordinatoren in Firmen und Schulen einzusetzen. Hier kann das Land Hessen konkret helfen.

Den Bundesfreiwilligendienst zu

einer Verpflichtung zu machen, sieht Christine Lambrecht eher kritisch. „Wir müssen positive Anreize setzen, um unsere Nachwuchssorgen zu lösen und auch mehr Frauen in die Hilfsorganisationen zu bekommen“.

Über eines waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig: eine Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen untereinander ist immens wichtig. Eine Förderung und Stärkung des Ehrenamts, z.B. durch die Einbringung des Ehrenamts als Staatsziel in die hessische Verfassung, wurde überwiegend positiv gesehen.

Die SPD-Politikerinnen und -Politiker durften eine Menge Anregungen mit nach Hause nehmen. „Wir müssen dauerhaft im Gespräch bleiben und solche Treffen regelmäßig organisieren“, regte Kerstin Geis an. (KL, CG)



Blick in den Saal

FOTO: SPD HESSEN-SÜD

MITGLIEDERWERBUNG PASST AUF BIERDECKEL

Der SPD Bezirk Hessen-Süd hat Bierdeckel zur Mitgliederwerbung erstellt.

Auf der Vorderseite wird die Frage gestellt: „Wer? Wenn nicht Du!“. Auf der Rückseite befindet sich ein kurzes Formular, über das man beim Bezirk einen Mitgliedsantrag anfordern kann.

Wer die Bierdeckel zur Mitgliederwerbung nutzen möchte, kann diese über die Bezirksgeschäftsstelle anfordern.

Anfragen bitte an:
 SPD-Bezirksgeschäftsstelle
 Christiane Gregor
 Tel. 069-299888-120
 E-Mail: Christiane.Gregor@spd.de



FOTO: SPD HESSEN-SÜD

RHEIN.MAIN.FAIR

AUF DEM WEG ZUR FAIREN METROPOLREGION

Im Rhein-Main-Gebiet ist die Welt zuhause. Es ist eine sehr mobile Region mit dem größten deutschen Flughafen und großen Verkehrsknotenpunkten. Die Region ist ein internationaler Banken-, Finanz- und Wirtschaftsstandort. Außerdem ist das Rhein-Main-Gebiet eine Wissensregion mit Universitäten und Fachhochschulen mit Wissenschaftlern aus aller Welt. Sie ist schon heute Teil von vielen globalen Netzwerken.

Wer wenn nicht die Metropolregion Frankfurt Rhein-Main, die sich über drei Bundesländer erstreckt, hat Interesse daran Globalisierung gerecht zu gestalten?

Die Initiative Rhein.Main.Fair hat nun die Möglichkeit geschaffen, diese Internationalität und die Netzwerke zu nutzen, um wirklich etwas zu verändern. Gemeinsam möchte man die Menschen aus aller Welt zu Botschaftern machen, um auf Augenhöhe einen Dialog zu beginnen. Ein solcher Dialog braucht mehr als nur die einzelne Stadt und Gemeinde. Ein für jeden Kreis, Stadt und Gemeinde leichter Einstieg ist die Fairtradetown-Kampagne.

Fünf Kriterien müssen die Städte erfüllen, um als Fairtrade-Stadt anerkannt zu werden. So müssen sich beispielsweise die Gemeindevertretung und die Stadtverwaltung dazu verpflichten, fairen Handel zu unterstützen und selber Fair-Trade-Tee und Fair-Trade-Kaffee in Sitzungen, Büros und Kantinen anzubieten. Auch eine bestimmte Anzahl an ortsansässigen Läden und Cafés müssen je mindestens Fair-Trade-Produkte anbieten.

Bereits heute leben fast 60 % der Menschen in der Region in FairTrade-Städten oder Kreisen. Das bedeutet 2,9 Millionen Menschen in 50 FairTrade-Städten, drei FairTrade-Landkreisen und fünf kreisfreien Fairtrade-Städten.

Um die 3. Faire Metropolregion in Deutschland zu werden, braucht die Initiative Rhein.Main.Fair insgesamt 67%. Sie will Städte und Gemeinden, Unternehmen, Kirchen und NGOs, Gewerkschaften und die Menschen aus der Region zusammenbringen, um gemeinsam eine stärkere Stimme für ihr Anliegen – einer gerechten Globalisierung – zu verschaffen.

Unterstützer und Interessierte sind herzlich willkommen und wenden sich bitte an:

Frau Gisela Stang
 Bürgermeisterin der Stadt Hofheim a.T.
 E-Mail: GStang@hofheim.de
 (GS, CG)

MARTIN SCHULZ IN DARMSTADT

Gerade noch war auf dem Luisenplatz in Darmstadt ein Meer an Regenschirmen zu sehen. Nur wenige Minuten bevor Martin Schulz am 9. März aus dem Auto stieg, hörte es schlagartig auf zu regnen und die Stimmung unter den mehreren hundert Wartenden hellt sich noch weiter auf. Dann war er da, Martin Schulz, im Gedränge von Medienvertretern und interessierten Darmstädtern kaum auszumachen. Der Kanzlerkandidat der SPD war gekommen, um Michael Siebel in seinem Oberbürgermeister-Wahlkampf zu unterstützen. Für einen Stadtspaziergang durch die Innenstadt hatte sich Martin Schulz eine Stunde Zeit genommen. Unzählige Hände wird er in der Zeit schütteln, Autogramme schreiben und für Selfies in Smartphones lächeln.

Michael Siebel freute sich über die prominente Unterstützung: „Martin Schulz mobilisiert die SPD in besonderer Weise. Er ist sehr nahe bei den Menschen und findet die richtigen Worte, um die Menschen anzusprechen.“

Martin Schulz kam mit einer kla-

»
Martin Schulz mobilisiert die SPD in besonderer Weise. Er ist sehr nahe bei den Menschen und findet die richtigen Worte, um die Menschen anzusprechen.«

Michael Siebel, MdL



FOTO: NINA FRIEDRICH

ren Botschaft nach Darmstadt. Ziel der SPD sei es, dass es gerechter in unserem Land zugehe. Zwar gehe es Deutschland wirtschaftlich gut, doch viele Menschen spürten, dass der Wohlstand ungerecht verteilt sei. Der kleine Bäcker um die Ecke zahle seine Steuern, der Großverdiener bringe sein Geld ins Ausland.

Martin Schulz verwies auf seine eigene elfjährige Erfahrung als Bürgermeister der Kleinstadt Würselen. Seiner Erfahrung nach lande früher oder später alles was die Menschen bewegt im Rathaus. Wer Bundeskanzler werden wolle, sei gut beraten, die Arbeit im Rathaus zu kennen. (CG)

ANZEIGE

BEZIRKSPARTEITAG DER SPD HESSEN-SÜD

Am 19./20. Mai 2017 findet der Ordentliche Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd in der Stadthalle Oberursel statt.

Der Bezirksvorstand Hessen-Süd hat den Termin für den Ordentlichen Bezirksparteitag festgelegt. Am Freitag, 19. und Samstag 20. Mai wird in der Stadthalle in Oberursel getagt.

Auf dem Programm stehen diverse Wahlen. So wird der Bezirksvorstand neu gewählt werden. Die Delegierten

bestimmen darüber hinaus Mitglieder des Parteikonvents, Delegierte zu den Bundesparteitagen und machen Vorschläge für den SPD-Parteivorstand.

Für Samstag hat sich der stellvertretende Bundesvorsitzende und Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein, Ralf Stegner, als Gastredner angekündigt. (CG)

SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT BLEIBT DAS ZIEL

Die AG 60plus des SPD-Bezirks Hessen-Süd kam am 18. März 2017 zu ihrer Bezirkskonferenz zusammen

Am 18. März 2017 trafen sich die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Seniorinnen und Senioren zu ihrer Bezirkskonferenz Hessen-Süd in der Hofheimer Stadthalle.

Für das Bundestagswahlprogramm wurden Anträge zu unterschiedlichen Themen, wie Wohnen, Gesundheit, Arbeit und Altersvorsorge diskutiert und verabschiedet. Auch ein klares Bekenntnis zu Europa sowie dem Abschiebestopp für afghanische Flüchtlinge wurde von der Versammlung abgegeben.

Der Bezirksvorstand der AG 60plus

wurde neu gewählt und Peter Schöbel wurde mit überwältigender Mehrheit erneut in seinem Amt bestätigt. „Wir werden nicht nachlassen für eine gerechtere und solidarische Gesellschaft einzutreten“, so Peter Schöbel in seinem Abschiedsstatement.

Als Stellvertreterin und Stellvertreter wurden Elke Immelt und Rudi Baumgärtner in ihrem Amt bestätigt. Neue Stellvertreterin ist Doris Starzinger-Kühl, die Michael Schell nachfolgt, der nicht mehr kandidierte. (HT, CG)

BEHINDERTENPOLITIK IN HESSEN

Die Arbeitsgemeinschaft SelbstAktiv tagt am Rande des Hessestags in Rüsselsheim

Den diesjährigen Hessestags in Rüsselsheim nutzt die Arbeitsgemeinschaft SelbstAktiv, Menschen mit Behinderung des SPD-Bezirks Hessen-Süd zur einer Veranstaltung. Als Thema hat sich die AG SelbstAktiv die hessische Behindertenpolitik aus Sicht der SPD vorgenommen. Diskutiert wird mit Ernst-Ewald Roth, MdL, Sprecher für Inklusion der SPD-Landtagsfraktion und stellvertretender Vorsitzender des Sozial- und Integrationspolitischen Ausschusses des Hessischen Landtags. Interessierte sind willkommen. Der Veranstaltungsort ist rollstuhlgerecht. Ein Gebärdendolmetscher wird vor Ort sein.

Behindertenpolitik in Hessen aus Sicht der SPD

Donnerstag, 15.06.2017, von 15-17 Uhr in der Musikschule Rüsselsheim, Am Treff 11 65428 Rüsselsheim

Bei Interesse an der Veranstaltung wird um Anmeldung gebeten an: SPD-Bezirksgeschäftsstelle Hessen-Süd Eva-Maria Heinrich Fischerfeldstr. 7-11, 60311 Frankfurt am Main E-Mail: eva-maira.heinrich@spd.de Tel. (0 69) 29 98 88-210

RUDI ARNDT POLITIK MIT DYNAMIT

Rudi Arndt wäre in diesem Jahr 90 Jahre geworden

Ein herausragender hessischer Politiker des 21. Jahrhunderts wäre im März 90 Jahre geworden.

Rudi Arndt war Sohn eines sozialdemokratischen Politikers, Gewerkschafters und Widerstandskämpfers. Er selbst trat 1945 der SPD bei und gehörte dem linken Flügel der hessischen SPD an.

1952 bis 1956 war Arndt als Stadtverordneter in Frankfurt am Main tätig. Nach dem Tod von Walter Kolb rückte der 29-jährige Rudi Arndt 1956 in den Hessischen Landtag nach. Diesem gehörte er bis 1972 an. Ab 1964 war Rudi Arndt Wirtschafts- und Verkehrsminister und später Finanzminister.

Ferner war Rudi Arndt langjähriges Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Hessen-Süd. Von 1962 bis 1975 war er stellvertretender Bezirksvorsitzender und folgte 1975 Albert Osswald als Bezirksvorsitzender nach. Diesen Posten behielt Rudi Arndt fünf Jahre lang. Ebenfalls war Arndt Vorstandsmitglied der SPD Hessen und wurde im April 1973 in den Bundesvorstand der SPD gewählt, dem er bis Dezember 1979 angehörte. Im April 1987 trat er aus Protest gegen die Zusammenarbeit mit den Grünen aus dem Landesvorstand zurück. In den siebziger Jahren war Rudi Arndt fünf Jahre lang Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main. Von 1979 bis 1989 war er Mitglied des Europäischen Parlaments.

2004 ist Rudi Arndt in der Nähe von Kiew in der Ukraine verstorben. Wer Interesse an der Biografie „Rudi Arndt - Politik mit Dynamit“ hat, wende sich bitte an SPD-Bezirksgeschäftsstelle: Alfons Kottler Tel. 069-299888-666 Alfons.Kottler@spd.de

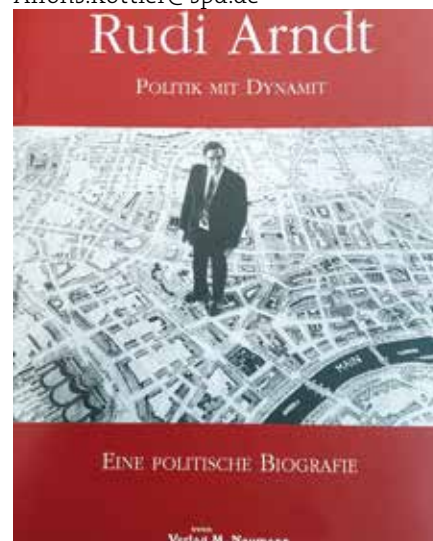


FOTO: PRIVAT

TERMINE

TONI-SENDER-AKADEMIE

29./30.04.17 Neu im Amt - Ehrenamtliche Führungskräfte, Herborn

06.05.17 Rechtspopulismus in Europa verstehen und Antworten formulieren, Frankfurt

03.06.17 Softskills - Die Kunst alles zu können, Frankfurt

Weitere Infos und Anmeldung unter Tel. 0611 9997719, E-Mail: toni-sender-akademie@spd.de oder Internet www.toni-sender-akademie.de

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG HESSEN

18.04.17 Engagement im Ehrenamt: Kompaktseminar - Gemeinsam erfolgreich zum Ziel, Frankfurt

20.04.17 Managerkreis Rhein-Main: Gesundheitspolitik nach der Wahl, Frankfurt

25.04.17 Demokratielunch: Machen Zahlen Politik? Wiesbaden

26.04.17 Engagement im Ehrenamt: Kompaktseminar - sich gegen Angriffe behaupten, Frankfurt

08.05.17 Alles Gut - Filmvorführung mit anschließender Gesprächsrunde, Fulda

09.05.17 Vorstellung Studie: Gespaltene Mitte - Feindselige Zustände, Frankfurt

Anmeldung: Tel. 0611 341415-0, E-Mail: landesbuero.hessen@fes.de oder Internet www.fes.de/hessen

AKADEMIE FÜR KOMMUNALPOLITIK HESSEN e.V. (AFK)

04.05.17 Mitmachen - Mitgestalten - Bürgerbeteiligung, Frankfurt

13.05.17 Kommunale Arbeit visualisieren und erklären, Gießen

17.05.17 Grundlagen der kommunalpolitischen Arbeit, Frankfurt

Anmeldung unter Tel. 0611 3601176, E-Mail: info@afk-akademie.de oder im Internet unter www.afk-akademie.de